

Sauptgründe dafür sind die unerträgliche Sommerhitze, unter der die Arbeiter schwer gelitten haben, und das schlechte Brot. Alle diejenigen Industrien, die für die Verarbeitung des Bergbaues notwendig sind, müssen ihre Arbeitsleistung steigern. Notwendig ist aber besonders auch

die Verbesserung der Lebensführung der Arbeiter, für die das Spa-Abkommen ja gewisse Vorteile bietet. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft ihre Errungenschaften jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe und die Errungenschaften der letzten Zeit nicht preisgeben will. Sie muß sich aber darüber klar sein, daß kein sozialer Fortschritt von Bestand ist, wenn der wirtschaftliche Boden dafür schwindet. (Lebhafte Zustimmung.)

Reichsernährungsminister Hermes:

Im Verlaufe der Spaer Konferenz ist auf Seiten der Alliierten unternehmbar der Wunsch hervorgetreten, dem deutschen Volke in seiner schwierigen Ernährungsfrage zu helfen. In der Ernährungsverbesserung für die Bergarbeiter spielt die Hauptrolle die sofortige Verbesserung des Brotes. Ich darf als meine Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß diese

Verbesserung des Brotes in allerhöchster Zeit möglich sein wird. Wir verfügen bereits wieder über 80 000 Tonnen Auslandsgetreide und haben gestern an Inlandsgetreide 6000 Tonnen erhalten, während wir bisher täglich nur mit 2 bis 3000 Tonnen rechnen konnten. Auch die Zufuhr aus dem Ausland stellt sich auf täglich 4 bis 5000 Tonnen. Es besteht also die nahe Möglichkeit, dem Wunsch nach Verbesserung des Brotes zu entsprechen. Der Redner schließt sich dem Appell des Reichswirtschaftsministers an die deutsche Landwirtschaft vollinhaltlich an. Der allgemeine Zusammenbruch ist nur vermeidbar durch gegenseitige Opfer für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Die 30 Millionen Goldmark auf Grund von Artikel 2 reichen zu der notwendigen Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter nicht aus. Ueber die Bedingungen der Vorschlagszahlung ist noch nichts Näheres vereinbart, auch nicht über den Verwendungszweck im einzelnen. Grundsätzlich kann festgestellt werden: Das Spa-Abkommen gibt uns die Möglichkeit einer

wesentlichen Erleichterung der Ernährung

nicht nur durch die Erleichterung des Einkaufes, sondern auch eine Senkung der Preise für die eingeführten Lebensmittel. Es wird ein einheitlicher Plan für die Ernährungswirtschaft des künftigen Jahres zurzeit ausgearbeitet. Mit Hilfe der Vorschläge werden wir nicht nur die Einfuhr von Lebensmitteln vereinfachen, sondern auch die Einfuhr von Rohphosphaten für die Düngung und von Futtergetreide für den Wiederaufbau unserer Viehbestände. Die notwendige Senkung der Lebensmittelpreise hat die Voraussetzung einer Senkung der Preise der Düngemittel und der Futtermittel. Am Tage vor unserer Abreise in Spa habe ich noch den Vorschlag unterbreitet, mit größter Beschleunigung eine

Sonderkonferenz der Ernährungsminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Englands

zu veranstalten. Ich habe den Eindruck, daß unsere Anregung bei den Engländern auf fruchtbarem Boden gefallen ist. — Auf Antrag Bissell werden dann die Verhandlungen vertagt, um den Gruppen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Aussprache über die gestrigen Regierungserklärungen.

Zur Geschichte des österreichischen Zusammenbruchs.

In der letzten Sitzung des österreichischen Ausschusses für Heerwesen berichtete Hg. Witternigg namens der Kommission zur Feststellung und Verfolgung militärischer Pflichtverlegungen im Kriege, danach sind die Ursachen des Zusammenbruchs der österreichischen Südwestfront im Herbst 1918 und der Gefangenennahme von mehreren hunderttausend Mann, sowie der unübersehbaren Materialverluste in den Schwankungen des Kaisers und des Armeoberkommandos zu suchen. Zuerst sei aus Baden ein Telegramm an der Front eingetroffen, den Waffenstillstand bedingungslos anzunehmen. Ein zweites Telegramm widerrief das erste. Auf Grund des ersten aber hatte die Armee die Feindseligkeiten eingestellt, während die Italiener sich ja nur verpflichtet hatten, auf 24 Stunden die Feindseligkeiten einzustellen und sofort die Verfolgung der zurückgehenden Truppen aufzunehmen. Deshalb gerieten so viele Regimenter in Gefangenschaft. Der Berichterstatter sagte hinzu: Das Armeoberkommando und der Kaiser haben durch die vorzeitig angeordnete Einstellung der Feindseligkeiten einen sehr schweren Fehler begangen und das Leid, das der Weltkrieg den Ölkern beschied, noch ungeheuer vermehrt.

Es wird weiter die Frage aufgeworfen, ob nicht der Kaiser und seine Ratgeber etwa auch die rückströmenden Soldaten mehr fürchteten, als alles andere, und es mag vielleicht nicht mit Unrecht, aber im Unterbewußtsein der Wunsch in manchem Verantwortlichen entstanden sein die Truppen mögen besser jetzt überhaupt nicht zurückschreiten. (1) Der Berichterstatter schließt mit der Feststellung, die Verantwortung vor der Weltgeschichte falle auf den Kaiser. Kaiser Karl habe sofort nach der Thronbesteigung den Oberbefehl übernommen und ihn bis zur dritten Morgenstunde des 8. November 1918 fortgeführt. Er hat von seinen staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechten dreimal in einer Nacht direkt oder indirekt Gebrauch gemacht und jedesmal in einem anderen Sinne die vorherige Entscheidung widerrufen. In derselben Nacht

haben der zweiten und dritten Entscheidung trat Kaiser Karl einen weiteren folgenschweren Schritt. Er übergab um 8 Uhr Uhr die Ernennung zum Armeoberkommandanten. Erz hat ihn um Uebertragung des Kommandos an Rüdow. Darauf ernannte Kaiser Karl Rüdow zum Armeoberkommandanten, abertrag aber Erz die vorläufige Führung des Oberbefehls. Aus dieser ganzen Situation geht hervor, daß Kaiser Karl sich seiner geschichtlichen Verantwortung voll bewußt war, sich derselben jedoch durch eine nicht sehr würdige Handlungsweise im letzten Augenblick entziehen wollte.

Stellung politische Redungen.

Der westpreussische Weichselstreifen will deutsch sein! Western fand im ganzen Weichselgebiet eine Massenfundgebung der Bevölkerung statt, um gegen die von den Polen erhobene Forderung auf Abtretung dieses Landstreifens an Polen Protest zu erheben. Es wurde eine dementsprechende Erklärung angenommen. Auch die polnische Bevölkerung, die am 11. Juli für Polen stimmte, beteiligte sich an dieser Erklärung.

Der bayerische Widerstand gegen die Entwaffnung. In den Besprechungen der Ministerpräsidenten der Länder in Berlin wurde der Plan der Regierung für restlose Entwaffnung der Zivilbevölkerung des Reiches angenommen. Die Auflösung der Einwohnerwehren soll nach den Erklärungen des bayerischen Ministerpräsidenten für Bayern nicht früher erfolgen, als bis andere Sicherheitsorgane geschaffen sind.

Die französische Bevormundung Bayerns. Wie dem B. L. aus München gemeldet wird, hat gestern im bayerischen Landtag der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, Dr. Dirr, erklärt, die Fürsorge für Bayern gegenüber der preussischen Hegemonie, die der französische Gesandte als seine Aufgabe bezeichnet habe, sei abzulehnen.

Friede zwischen Litauen und Rußland. Ein drahtloses Telegramm aus Moskau bestätigt, daß der Friede zwischen Sowjetrußland und Litauen am 12. Juli in Moskau unterzeichnet wurde. Der Friedensvertrag garantiert die Unabhängigkeit Litauens von Rußland. Unmittelbar nach der Ratifikation des Vertrages werden die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen werden.

Die französischen Bergarbeiter und Spa. Wie Journal des Debats meldet, haben die französischen Bergarbeiterverbände in einer Delegiertentagung die in Spa den Deutschen auferlegten Rohstofflieferungsverpflichtungen für gerecht und billig bezeichnet. Sie warnen die deutschen Bergarbeiter im Interesse der Solidarität vor einer Sabotierung des Spaer Konferenzabkommens.

Die französischen Kriegskosten. Im französischen Senat wurde über die Kriegskosten berichtet. Diese haben 1918 den Höchstbetrag von 54 1/2 Milliarden Franken erreicht. In den sieben Monaten des Jahres 1920 haben die Ausgaben noch 25 1/2 Milliarden betragen. Insgesamt habe der Krieg für Frankreich 233 000 000 000 Franken gekostet.

Belgien für Aburteilung des früheren Kaisers. Echo de Paris meldet, die belgische Justizkommission hat am 19. Juli einen neuen Antrag an den Alliiertenrat gelangen lassen, der sich gegen einen Verzicht auf Aburteilung Wilhelms II. ausspricht und ein objektives Verfahren gegen den Exkaiser über die in Belgien auf seinen Befehl hin unmittelbar verübten Verbrechen an Leib und Leben der Einwohner fordert.

Bolschewismus unter den Arabern. Wie Telegramm aus London meldet, berichtet ein aus Damaskus zurückgekehrter englischer Journalist, daß der Bolschewismus unter den Arabern schnelle Fortschritte mache. Ein Sendschreiben von Lenin und Trotzki, welches die Unabhängigkeit der Araber anerkennt, wurde überall von der Bevölkerung gleich gelesen.

Don Stadt und Land.

Aue, 23. Juli 1920.

Eine Abordnung der Auer Betriebsräte beim Bürgermeister. Am 21. Juli 1920 ist, wie wir hören, eine Abordnung der Betriebsräte von Aue, bestehend aus den Herren Eckstein von der Firma Ernst Heider, Bartel vom Bleisortenwerk, Jermisch von der Firma Gebr. Simon, Rein von der Firma S. Wölle, Linke von der Firma Wellner Söhne und Mäzner von der Firma Bochmann & v. Stein von Herrn Bürgermeister Hofmann empfangen worden. Es wurden eine Anzahl Fragen verhandelt aus dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung. Insbesondere brachten die Vertreter der Betriebsräte den dringenden Wunsch zum Ausdruck, daß die Zwangswirtschaft baldmöglichst abgebaut werde. Der Vertreter des Rates erklärte ihnen, daß dieser Abbau, — mit alleiniger Ausnahme der Brot- und Milchversorgung, — auch von der städtischen Verwaltung durchaus gewünscht und bei den zuständigen Stellen vertreten werde. Es wurde ferner eine mögliche Einschränkung der Tätigkeit des Kommunalverbandes gefordert, die als außerordentlich preisverteuernd angesehen werde. Hierauf war zu erklären, daß dies mit dem Abbau der Zwangswirtschaft als selbstverständliche Folge eintreten werde. Die Verhandlung erstreckte sich weiter auf die Frage des Preisbaues. Der Bürgermeister versprach, hierüber mit den Vertretern der Geschäftswelt in Verbindung zu treten; diese haben ihre Bereitwilligkeit ja bereits zu erkennen gegeben, es werde sich gewiß Beachtliches erreichen lassen. Verhandlungen, die inzwischen eingeleitet worden sind, bestätigen die bei der Besprechung ausgesprochene Vermutung. Es ist zu hoffen, daß diese Entwicklung auch zur Aufrechterhaltung ruhiger Verhältnisse das Ihre beitragen werde. Klagen über mangelhafte Streckungsmittel des Brotmehles und schlechte Beschaffenheit des Brotes, die auch von anderen Seiten an den Stadtrat gelangt sind, werden an die zuständigen

Stelle mit dem dringenden Ersuchen um Abhilfe weitergegeben werden. Endlich erstreckte sich die Verhandlung auf den weiteren Ausbau der Preisprüfungsstelle. Die ausgesprochene Bereitwilligkeit, aus dem Anreize der Konsumenten die Preisprüfungsstelle durch eine Anzahl Arbeiter als Kontrollorgane zu verstärken, wurde begrüßt, denn sie entspricht einem Wunsche, der bereits in der letzten Ratssitzung zum Ausdruck kam und auch zu einer entsprechenden Beschlußfassung geführt hatte. Die Preisprüfungsstelle wird entsprechend ausgebaut werden.

Mühtermangel in Sachsen. Der sächsische Justizminister Dr. Harnisch hat den Vorsitzenden des Dresdner Anwaltsvereins gebeten, bei der Anwaltschaft dahin zu wirken, daß sich Anwälte zur Bearbeitung von Gnadenfällen und als selbständige Richter zur Verfügung stellen, da sich das Justizministerium in großer Notlage befindet. Es hat sich auch eine ganze Anzahl Anwälte dem Justizministerium zur Verfügung gestellt.

Die Viehzählung in Sachsen vom 1. Juni hat folgendes Ergebnis gehabt: Rinder unter drei Monaten 64 094 (gegenüber dem 1. März ein Plus von 12 107 gleich 23,89 Prozent), Jungvieh 105 764 (Minus 5805 gleich 5,20 Prozent), Bullen und Stiere 48 058 (Plus 2639 gleich 5,81 Prozent), Milchkuhe 361 803 (Plus 7293 gleich 2,05 Prozent), übrige Kühe und Färsen 39 365 (Plus 3692 gleich 8,87 Prozent), Rindvieh insgesamt 728 685 (Plus 11 982 gleich 1,67 Prozent), Schafe 114 152 (Plus 23 423 gleich 25,82 Prozent), Schweine 364 722 (gegenüber 1. 6. 19. ein Plus von 35 404 gleich 10,75 Prozent, gegenüber 1. 12. 14. ein Plus von 411 089 gleich 52,99 Prozent), Ziegen 475 280 (Plus 185 341 gleich 64,08 Prozent).

Zu dem Zustande im Baugewerbe, über den wir unsere Leser unterrichten, ist noch zu berichten, daß dem von uns schon erwähnten Abkommen die Arbeitnehmer-Organisationen in ganz Sachsen zustimmten, daß aber die Arbeitgeber den Schlichtungsanspruch einstimmig abgelehnt haben. In der Lage selbst hat sich inzwischen nichts geändert.

Der Verein der Klein- und Mittelrentner Sachsens hat beim Wirtschaftsministerium darum nachgesucht, auch die alien oder erwerbsunfähigen Klein- und Mittelrentner bei Verteilung verbilligter Lebensmittel, Textilien, Schuhwaren u. dergl. die für die minderbemittelte Bevölkerung zugewiesen werden, bei Abgabe billiger Brennstoff, durch Ermäßigung der Gas- und Wasserleitungsgebühren usw. zu berücksichtigen. Das Wirtschaftsministerium hat anerkannt, daß sich die genannten Kreise gegenwärtig zum großen Teil in schwerer Not befinden und gibt daher den Kommunalverbänden anheim, dem Gesuche in gleichem Umfange zu entsprechen, wie das von Seiten des Finanzministeriums geschehen ist.

Lebensmittel für Aue am Sonnabend, den 24. Juli: Auf Reichsfleischarten, Reihe 3, 350 gr Frischfleisch einschließlich Frischwurst (Rinder die Hälfte); es folgt ein Pfund Frischfleisch 9,20 M. und ein Pfund Frischwurst 6,40 M. — Auf die Begleitartikelliste, Abschnitt Y 4, 90 gr Margarine zum Preise von 2.— M.

Ueber die Einziehung markenfrees Fleis- und Wurstwaren wird von Dresdner halbamtlicher Stelle folgende Bekanntgabe erlassen: In einem Ein Ministerverprechen — und was daraus geworden ist, überschriebenen Auftrage in Nr. 198 der Leipz. Neuest. Nachr. vom 21. d. M., wird der jetzt den Wirtschaftsminister Schwarz vertretende Arbeitsminister Heldt deshalb scharf angegriffen, weil trotz seiner in der Sitzung der Volkstammer vom 15. Juli 1920 abgegebenen Erklärung mit der Einziehung der sogenannten markenfrees Wurst- und Fleischwaren bis jetzt noch nicht vorgegangen worden sei. Die Maßnahme, auf die sich die Erklärung des Ministers Heldt bezieht, beruht auf einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers zur Abänderung der bisher geltenden Einfuhrbestimmungen vom 23. 3. 20. Wenn die sich aus dieser Verordnung hinsichtlich des markenfrees Verkaufs von Fleisch- und Wurstwaren ergebenden Maßnahmen bis jetzt noch nicht durchgeführt worden sind, so liegt das daran, daß durch Verfügun des Reichswirtschaftsministers an die ihm unterstehenden Behörden mit Rücksicht auf die bei Erlass der Verordnung bereits im Inland befindliche Ware zugunsten des Groß- und Kleinhandels eine gewisse Schonfrist gesetzt werden mußte. Nachdem diese Schonfrist am 15. Juli abgelaufen ist, sind nunmehr auch in Sachsen die nötigen Maßnahmen im Gange, um die Verordnung scharf durchzuführen. Auch in Sachsen werden also demnächst alle sogenannten markenfrees Fleisch- und Wurstwaren eingezogen werden.

Verlängerung der Einfuhr für holländische Frühkartoffeln. Da die Erwartung auf eine besonders frühzeitige Frühkartoffelernte nicht erfüllt ist, erscheint es im Interesse der Kartoffelversorgung, namentlich des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, geboten, die bisher bis zum 20. Juli erfolgte Freigabe der Einfuhr von Frühkartoffeln aus Holland und den übrigen angrenzenden westlichen Ländern bis zum 31. Juli zu verlängern. Die Frühkartoffelstelle wird daher Einfuhrgenehmigungen, wie bisher, auf Antrag mit der Maßgabe erteilen, daß nach dem 31. Juli Wagen nicht mehr über die Grenze gelassen werden. Die durch das Einsehen des freien Handels hervorgerufene stürmische Nachfrage auf den holländischen Märkten hat eine sehr erhebliche den deutschen Konsum belastende Preissteigerung bewirkt, gegen die auch die holländische Regierung durch vorübergehende Grenzsperrung eingeschritten ist. Diese Erscheinung macht es erforderlich, daß gegen eine Wiederholung solcher Preistreiberischen Vorzüge getroffen wird. Die von der holländischen Regierung gegebenen Ausfuhrkonzessionen werden daher fortan durch die Hand einer von der Frühkartoffelstelle im Haag eingerichteten unabhängigen Stelle an die einführenden Händler ausgehändigt werden. Die Aushändigung wird davon abhängig gemacht werden, daß ein bestimmter Preis auf den Bestlings (Auktionsmärkten) eingehalten wird. Dieser Preis wird von der Haager Stelle in kurzen Zwischenräumen, je nach der Marktlage, festgesetzt und den Interessenten bekanntgegeben. Gleichzeitig wird die Frist für die Einfuhr italienischer und spanischer Frühkartoffeln ebenfalls bis zum 31. Juli 1920 verlängert.

Handelraum
Befehl
Rum u
die W
fest
die no
B o c
handel
Butter
im Be
kauf
f ä n g
aus der
D
stahl,
waren
der 28
Beie
W a i l
Fabrik
44 J
29 J
Die b
Die b
Korb
von er
außer
der G
gemach
Emil
Erster
f ä n g
fortgef
den G
legten
ter eign
parate
in der
drachte
se wür
Der Die
nimmt
W
sische J
g n t r
für Wol
belzong
lett me
Sein W
schle
mit ein
Aufbau
16 000